

Hessen-Wahlprogramm Alternative für Deutschland – Entwurf (Stand 15. Juni 2013)

Präambel

Hessen ist unsere Heimat im Herzen Deutschlands und Europas. In und für Hessen wollen wir politisch wirken, im Interesse und zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes. Im Bewusstsein für die Traditionen unseres Bundeslandes setzen wir uns für die Förderung der regionalen und lokalen Eigenarten ein, die Wurzeln der Identität unserer Heimat Hessen sind.

Bürgerbeteiligung und Kommunale Selbstverwaltung

Die Demokratie in Hessen bedarf der Erneuerung und Festigung. Dazu wollen wir in vielfältiger Weise unseren Beitrag leisten.

- Direkte Demokratie ist ein unverzichtbares Mittel der aktiven Bürgerbeteiligung. In Hessen gilt es deshalb, die Gesetzgebung zur Bürgerbeteiligung anzupassen, indem die gesetzlich hohen Hürden für Volksbegehren und -entscheide herabgesetzt und vereinfacht werden.
- Die AfD betrachtet die Verteidigung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung als wichtiges Element der Landespolitik. Deshalb treten wir für eine Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs ein, der sich strikt am Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt auch“) orientiert.
- Wir fordern, dass Landtagsabgeordnete ihre volle Arbeitskraft der parlamentarischen Arbeit widmen. Das Mandat darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden. Die Einkommens- und evtl. Abhängigkeitsverhältnisse der Landtagsabgeordneten sind transparent zu machen.
- Wir lehnen den sogenannten „Fraktionszwang“ ab und setzen stattdessen auf Geschlossenheit durch Überzeugungsarbeit.
- Wir fordern die Reduktion der Parteienfinanzierung und die Reformierung der Abgeordnetendiäten im Landtag. Diese Diäten dürfen nicht mehr von den Landtagsabgeordneten selbst beschlossen werden, sondern müssen von einem unabhängigen Gremium angepasst werden.

Währungs- und Europapolitik

Der Kampf gegen die verhängnisvolle Euro-Rettungspolitik ist das Kernthema der Alternative für Deutschland auch in Hessen. Die Möglichkeiten der Landespolitik sind begrenzt, müssen aber konsequent genutzt werden.

- Die künftige Fraktion der AfD im Landtag wird keine Regierungskoalition eingehen oder Landesregierung stützen, die mit den hessischen Stimmen im Bundesrat die desaströse Euro- und Finanzpolitik der Bundesregierung fortführt.
- Wir fordern, Vorgaben der EU (z.B. EU-Richtlinien) an die Landespolitik kritischer zu hinterfragen und diese nicht als bloße Verwaltungsakte abzusegnen. Bestimmte Kompetenzen und Rechte müssen von der EU an die hessische Landespolitik zurückverlagert werden, um die Souveränität Hessens zu gewährleisten und mehr Transparenz für Politik und Bürger zu schaffen.
- Als hessische AfD werden wir aufgrund der regionalen Bedeutung des Bankenplatzes Frankfurt mit dem Hauptsitz der EZB, alles daran setzen die Schaffung einer europäisch verantwortlichen Bankenaufsicht zu verhindern. Wir sehen die Schaffung dieser Institution, egal ob bei der EZB angesiedelt oder woanders aufgehängt, als Alibi hin zu einer Bankenunion und Transferunion in Europa.

Haushalt und Finanzen

Die Alternative für Deutschland in Hessen steht für eine seriöse und zukunftsorientierte Haushalts- und Finanzpolitik. Ohne Einschnitte in bisherige Leistungen und Strukturen wird das nicht gelingen.

- Wir fordern, die Schuldenbremse zu achten und die Schuldenberge abzubauen. Um einer Überforderung des Landeshaushalts zu begegnen sind die notwendigen Ausgaben den Einnahmen anzupassen.
- Die Schuldenaufnahme darf – auch vor Inkrafttreten der Schuldenbremse – nur als außerordentliche Möglichkeit betrachtet werden. Es gilt bei der Besteuerung der heutigen und der Schuldenbelastung kommender Generationen das Gebot des Maßes.
- Der Länderfinanzausgleich in seiner gegenwärtigen Form dient nicht dem Maßhalten und muss somit im Sinne Hessens geändert werden.
- Wir fordern eine effizientere Verwaltung durch die Auflösung der Regierungspräsidien. Deren Aufgaben sollen in die Eigenverantwortung der Landkreise und Kommunen gestellt werden.
- Wir stehen für einen Bürokratieabbau in der Landesverwaltung, der ebenso zu Kosteneinsparungen beitragen soll wie der verantwortungsvolle und regelmäßig zu überprüfende Umgang mit den Steuergeldern.

Innere Sicherheit

Die hessische Polizei ist ein wichtiger Garant für Sicherheit, Recht und Ordnung. Doch die derzeitige Finanz- und Personalausstattung erlaubt es den Einsatzkräften nur bedingt, in der Fläche des ländlichen Raumes und in sozialen Brennpunkten der größeren Städte Hessens den geltenden Gesetzen gegenüber jedermann Geltung zu verschaffen.

- Wir fordern daher, die ausreichend Finanzmittel für die Sicherheitskräfte bereit zu stellen, damit die Polizei technisch, operativ und personell in die Lage versetzt wird, überall in Hessen die geltenden Gesetze durchzusetzen.
- Subjektives Sicherheitsgefühl und objektive Sicherheitslage müssen durch geeignete Maßnahmen erhöht werden. Kriminalität jeder Art darf kein Raum geboten werden.
- Die AfD tritt für eine härtere Bestrafung bei Übergriffen auf unsere Ordnungshüter ein.
- Ausländische Straftäter von Gewaltverbrechen sind nach Abbußung oder zur Abbußung ihrer Strafe in ihre Heimatländer abzuschicken, sofern dort die Beachtung der Menschenrechte gewahrt ist.

Bildung und Schule

Die AfD fordert, Bildung als Kernaufgabe von Staat und Familie zu betrachten und zu fördern. Die Erziehung der Kinder liegt zuerst in der Verantwortung der Eltern, denen das Land Hessen mit Angeboten im frühkindlichen und regulären Bildungsbereich in Schulen die Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Bildungsweg bereitstellen muss. Jeder Landkreis muss neben den Gesamtschulen das gegliederte Schulwesen mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium vorhalten. Jeder Familie muss die Wahl der als richtig betrachteten Schulform möglich sein.

- In bundeseinheitlichen Bildungsstandards sehen wir die Grundlage für ein leistungsorientiertes und differenziertes Schulsystem, das auf die individuellen Stärken und Schwächen der Schüler angemessen eingeht. Die Bildungsstandards in Hessen müssen sich an den besten Schulsystemen Deutschlands orientieren.
- Schulen und Eltern sollen die Wahl zwischen G8 und G9 haben.
- Wir fordern ein qualitativ hochwertiges Universitätssystem, das den Studenten angemessene Betreuungs- und Fördermöglichkeiten bietet. Die Rückkehr zu bewährten Diplom- und Staatsexamensstudiengängen muss möglich sein. Die Landeszuschüsse für die hessischen Universitäten sollten erhöht werden.
- Angesichts der demographischen Entwicklung ist zusätzlich zu den christlich-konfessionellen Unterrichtsstunden der islamische Religionsunterricht in Hessen eingeführt worden. Die AfD in Hessen fordert eine fortlaufende Kontrolle der Praktizierung dieses Unterrichts.

Wirtschaft, Verkehr und Infrastruktur

Die hessische Wirtschaft ist im Zentrum Europas stark aufgestellt und von einer Vielfalt an Klein-, Mittel- und Großbetrieben geprägt. Die Stützen des ökonomischen Erfolgs in Hessen sind Mittelstand und Handwerk, die Automobil-, Pharma-, Metallverarbeitungs- und Chemieindustrie, der Flughafen und die Messe in Frankfurt sowie der Finanzsektor.

- Deshalb fordert die AfD, das selbständige Unternehmertum in Mittelstand und Handwerk zu fördern, deren wirtschaftliche Eigenverantwortung zu stärken sowie die wirtschafts- und verkehrspolitischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen.
- Wir fordern die ständig zunehmende Individualmobilität effizient zu steuern, unnötige Verkehrsströme durch die Nutzung und Aufwertung der Innenstädte zu verhindern und steigende Wegeleistungen durch optimierte Raumordnungspläne zu reduzieren.
- Generell gilt es, die Verkehrsinfrastruktur als wesentliche Voraussetzung von Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen in strukturschwachen Gebieten voranzutreiben.
- Dies erfordert die verantwortungsbewusste und nachhaltige Nutzung der Verkehrsträger in unserem Bundesland. Hierzu gehört: Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs, Sanierung und unumgänglicher Ausbau der Bundesautobahnen (Hattenbach – Olpe, Kassel – Eisenach), verstärkte Nutzung der Wasserwege, Attraktivitätssteigerung von Schienen- und Bahnverkehr, Investitionen in Forschung und Entwicklung moderner Verkehrsinfrastruktur und Mobilitätsangebote. Mobilität kann nicht uneingeschränkt und zu Lasten der Bevölkerung stattfinden.
- Die Akteure in diesem von Interessenkonflikten geprägten Bereich müssen sich der strikten Einhaltung von Gesetzen, Rechten, Verträgen und Vereinbarungen verpflichten. Dies gilt insbesondere für die allgemein anerkannten Grenzen der Emissionen bei Bahn-, Straßen-, Schiff- und Luftverkehr, in Anlehnung an die Messmethoden und Grenzwerte für Industrie- und Wohngebiete. Wegen der langfristigen Auswirkungen müssen neue Erkenntnisse der Forschung und die Folgen für Leben und Gesundheit der betroffenen Menschen mit Priorität Berücksichtigung finden und zeitnah vom Gesetzgeber berücksichtigt werden.
- Alle Planungen, Messungen und Bewertungen müssen transparent stattfinden.

Ländlicher Raum

Der ländliche Raum in Hessen kämpft mit sich wechselseitig befördernden Problemen wie Geburtenschwund, Abwanderung jüngerer Menschen und einer alternden Bevölkerung einerseits und hoher Arbeitslosigkeit, geringer Siedlungsdichte und Infrastrukturdefiziten andererseits.

- Die AfD setzt sich für eine Landespolitik ein, die die ländlichen Räume nicht aufgibt, sondern diese als Teil der hessischen Kulturlandschaft aktiv unterstützt, sich als Wirtschaftsstandorte, Tourismusziele und lebenswerte Regionen zu präsentieren.
- Wir fordern die gesonderte Förderung des ländlichen Raums durch die hessische Landespolitik, insbesondere in den Bereichen Daseinsvorsorge, Einsatzkräfte, medizinische Grundversorgung, Interkommunale Zusammenarbeit, Breitbandversorgung, Stadt- und Raumplanung, Schulwesen und Verwaltungshandeln.

Integration

In Hessen hat in den vergangenen Jahrzehnten eine erhebliche Ein- und Zuwanderung von Menschen aus allen Teilen Europas und der Welt stattgefunden. Die AfD in Hessen fordert eine realistische, von beiden Seiten konstruktive Zu- und Einwanderungspolitik. Ziel dieser Politik ist die Integration in die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Wer sich integrieren will und kann, ist ausdrücklich willkommen in Hessen.

- Das wirtschaftsstarke Hessen braucht qualifizierte Zuwanderung, keine ungeordnete Zuwanderung in die Sozialsysteme. Deshalb fordern wir ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild.
- Die sogenannte „Armutseinwanderung“ aus bestimmten EU-Ländern belastet Kommunen immer stärker. Die Probleme verfehlter Europa- und Euro-Rettungspolitik dürfen weder auf dem Rücken der Menschen in Südost- und Südeuropa noch der hessischen Kommunen ausgetragen werden. Die AfD in Hessen fordert den Bund auf, dieses Problem zu lösen, bevor es weitere Brisanz bekommt.

Energiepolitik, Natur- und Landschaftsschutz

Die AfD tritt für ein ganzheitliches Konzept in der Energiepolitik ein. Dies bedeutet, ein nachhaltiges Energiekonzept in Einklang mit Natur, Umwelt und Landschaft zu entwickeln, das sich dem gewachsenen Landschaftsbild Hessens und den Interessen der Anwohner vor Ort verpflichtet.

- Erneuerbare Energien wie Sonnen- und Windenergie müssen in einer sinnvollen Kombination mit fossilen Energieträgern den regionalen und landschaftlichen Gegebenheiten angepasst werden.
- Die AfD in Hessen fordert eine verlässliche Energieversorgung. Energie muss für Normal- und Geringeverdiener ebenso bezahlbar sein wie für Industrie und Wirtschaft. Wir sehen uns als Alternative zu einer konzeptionslosen Bundes- und Landespolitik, für die Hessens Bevölkerung mit drastisch steigenden Preisen büßen muss.
- In der Umweltpolitik stehen wir für den Erhalt der biologischen Vielfalt unserer heimischen Flora und Fauna.
- Wir fordern den Stopp für die Versiegelung und Zersiedelung der Landschaft. Neue Wohn- und Industriegebiete sind vorrangig im Rahmen bereits bestehender Infrastruktur anzusiedeln.

Kultur

Hessen erfreut sich eines reichen Kulturlebens in den Städten, aber auch in den Kreisen und Gemeinden. Künftig müssen aber Schwerpunkte in der Landesförderung von Kunst und Kultur anders oder neu gesetzt werden.

- Das Land Hessen unterstützt fortan stärker Maßnahmen zur Wiederherstellung historisch wertvoller Stadtbilder. Auch die Bemühungen um die Rekonstruktion von historisch wichtigen Einzelgebäuden und Ensembles sollen fortan stärkere Förderung erfahren.
- Verringerung der Zuwendungen für den Betrieb der Staatstheater. Förderanreize für Theater mit nachweisbaren stetigen Einnahmewüchsen.

Familie

Wir stehen für den Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft. In der Ehe mit Kindern drückt sich die natürliche Gemeinschaft der Familie aus. Familie und Ehe genießen daher den besonderen Schutz des Grundgesetzes und sind auch Leitbild unserer Familienpolitik. Eine solidarische Förderung der Familien ist die wichtigste Investition in die Zukunft unseres Landes.

- In diesem Sinne setzt sich die AfD für den Ausbau von Infrastruktur, Initiativen und Betreuungsmodellen ein, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.
- Kostenloser Kindergartenbesuch und steuerliche Entlastung von Familien sowie erhöhter Schutz ungeborenen Lebens müssen künftig Bestandteile einer aktiven Bevölkerungspolitik sein.

Wohnen

Die Bildung von Wohneigentum hat bei der AfD hohen Rang. Eigentum stärkt Heimatverbundenheit und Verantwortung, gibt Familien Freiraum, schafft Werte für die Kinder und bewirkt im Alter kostengünstiges Wohnen.

- Energetische Zwangssanierungen, die zu nicht verkräftbaren Belastungen für Immobilieneigentümer und Mieter führen, lehnen wir ab.
- Investitionen in den Bau von preisgünstigen Miet- und Eigentumswohnungen müssen auch mit steuerlichen Maßnahmen stärker gefördert werden.
- Im Sozialen Wohnungsbau wird von der Objektförderung (des Gebäudes) umgesteuert hin zur Subjektförderung (des Mieters).
- Mietpreisbremsen sind ungeeignet zur Behebung von Wohnungsmangel, vielmehr fördern sie diesen. Die AfD lehnt deshalb Mietpreisbremsen ab.

Gesundheit

Wir setzen uns ein für die strikte Einhaltung von Recht, Gesetz, Verträgen und Zusagen auch im Umwelt-und Verkehrsbereich. Das ist die Voraussetzung für eine gesundheitsschonende Lebenswelt.

- Wir fordern die grundsätzliche Beachtung dieses Grundsatzes auch für Verkehrsimmissionen von Bahn, Straße und Flugzeugen. Dabei darf es keine Ausnahmen geben - auch nicht für den Luftverkehr. Der Schutz von Leben und Gesundheit hat für uns Vorrang.
- Krankenhäuser gehören zur Daseinsvorsorgeverpflichtung des Staates. Die Bedürfnisse der Bevölkerung, auch in der Fläche eine qualifizierte Versorgung zu finden, sind mit den Grundsätzen wirtschaftlicher Leistungserbringung in Einklang zu bringen.
- Wir fordern die Erstellung eines Krankenhausbedarfsplans für Hessen, um den Betrieb von Krankenhäusern daranb auszurichten.
- Die Wertschätzung der Pflegeberufe in der Bevölkerung muss verbessert werden.

Medien

Presse, Internet, Fernsehen und Rundfunk haben großen Einfluss auf die Meinungsbildung der Bevölkerung. Wer soviel Einfluss nehmen kann, trägt auch eine besondere Verantwortung für das grundgesetzliche Recht auf Meinungsfreiheit und Unabhängigkeit der Berichterstattung.

- Wir fordern, den öffentlich-rechtlichen Hessischen Rundfunk von politischen Einflüssen und Abhängigkeiten zu befreien.
- Wir fordern die Offenlegung der Gehälter von Intendant, Chefredakteur, sonstigen Führungskräften sowie der Hauptmoderatoren des Hessischen Rundfunks.
- Wir fordern zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger Hessens die Senkung der GEZ-Gebühren.
- Die AfD in Hessen wird sich jedem Versuch zur politischen Kontrolle des Internet widersetzen.
- Die AfD spricht sich für eine Stärkung des Grundrechts auf Meinungs- und Pressefreiheit aus. Es darf kein Meinungsklima geben, das wichtige politische und gesellschaftliche Diskussionen tabuisiert und verhindert.

Sport

Sport und Sportvereine sind wesentliche Grundpfeiler für den bürgerschaftlichen Zusammenhalt und Integration in den hessischen Städten und Gemeinden. Ehrenamtliches Engagement vor Ort ist in diesem Bereich besonders verwurzelt.

- Wir fordern daher, dem Sport und den Sportvereinen die benötigte Infrastruktur anheimzustellen, um ein vielfältiges Angebot an Sportarten anbieten zu können.
- Daneben sollen Vereins-, Breiten- und Spitzensport als Aushängeschilder Hessens eine besondere Förderung erfahren.
- Die Kooperation von Schulen und Sportvereinen soll weiter ausgebaut werden.

Verantwortlich: Wolfgang Hübner (stellv. Sprecher) – wo.huebner@t-online.de